

Der Deutsche Kulturpionier

Herausgeber: Verband Deutscher Koloniallandwirte
dem Reichsnährstand angegliedert
Berlin W 35, Tiergartenstraße 7

Druck und Verlag: Trowitsch & Sohn, Frankfurt/Oder und Berlin
Verantwortlich für den Inhalt Schriftwalter Theodor Frank, Berlin,
für die Anzeigen Felix Philipp, Frankfurt/Oder. — 2.-Aufl. III. Vierteljahr 1938 1000 Exemplare

Nummer 1/2 39. Jahrgang
1. Juni 1939

XVII — 46.

Die deutsche Handels- und Kolonialpolitik der Vorkriegszeit

Friedrich-Wilhelm Runge

Die deutsche Außenpolitik und damit auch die Kolonialpolitik der Vorkriegszeit wurde von den Gesetzen des damals herrschenden Liberalismus bestimmt. Der Liberalismus verkörperte den Grundsatz des freien Spiels der Kräfte. Man erblickte in der Wirtschaft das Primäre, in der eigentlichen Politik das Sekundäre. Der alte napoleonische Ausspruch „Politik ist das Schicksal!“ wurde in seiner Bedeutung geleugnet. Dafür hielt man es mit der These des Juden Rathenau, dessen Parole „Wirtschaft und nicht Politik ist das Schicksal!“ als oberste Weisheit angesehen wurde. Und so ist es auch kein Zufall, daß die koloniale Politik der Vorkriegszeit in Umkehrung des bekannten Satzes „Der Handel folgt der Flagge“ nach dem Grundsatz „Die Flagge folgt dem Handel“ durchgeführt wurde und machtpolitisch nicht genügend unterbaut war.

Dabei ging der Liberalismus in seiner Zielsetzung nicht vom Gesamtwohl des Volkes aus, sondern nach seinem Moralprinzip des freien Spiels der Kräfte überließ er die Zufallsbürger ihrem Schicksal, deren „Freiheiten“ sich leider nur allzu häufig gegen die Belange des eigenen Volkes wandten. Der liberalistische deutsche Staat der Vorkriegszeit war nur der Sachwalter einer Rechtsgemeinschaft von Zufallsbürgern ohne Rücksicht auf deren Rasse und Volkstum. Seine Tätigkeit im Innern beschränkte sich im wesentlichen auf die Durchführung einer Rechtsordnung, seine Weisheit darauf, sich aller Eingriffe in das

Leben und die Wirtschaft seiner Zufallsbürger möglichst zu enthalten. Das Ergebnis war ein Wirtschaftskampf Aller gegen Alle, in dem sich schließlich die Stände und Wirtschaftsgruppen als Interessengemeinschaft eines rücksichtslosen Klassenkampfes gegeneinander entwickelten. Nach innen fand diese liberalistische Politik ihren Ausdruck im Gegensatz von Industrie und Landwirtschaft, der mit der schließlichen Zerstörung der uralten Bindungen von Blut und Boden endete.

Nach außen fand diese liberalistische Idee ihren Ausdruck im Freihandel, in einem einseitigen Bekenntnis zur Weltwirtschaft und in einer ziel- und planlosen Uebersee- und Allermweltpolitik.

Zwei grundsätzliche, sich scheinbar widersprechende Bestrebungen kennzeichneten das Wesen des liberalistischen Staates:

1. Die kosmopolitische Idee der Weltwirtschaft und
2. der Imperialismus, die Weltherrschaft, d. h. eine Außenpolitik mit dem Ziele, fremde Gebiete oder Volksteile, ohne Rücksicht auf deren Rasse und Volkstum aus wirtschaftlichen Gründen zu beherrschen, sie nach und nach dem eigenen Volke einzuschmelzen.

Fälschlicherweise nannte man die imperialistische Beherrschung überseeischer Länder und ihre wirtschaftliche Ausbeutung „überseeische Kolonisation“. Unter „Kolonisieren“ versteht man aber im Sinne des Wortes, daß man ein Land „kolonisiert“, d. h. be-

siedelt. Eine Kolonisationspolitik in diesem Sinne betrieben also in Uebersee die Holländer in Südafrika, die Engländer in Kanada und in den heutigen Vereinigten Staaten von Amerika. Erst später unter Vindequist machte man deutscherseits Ansätze einer Siedlungspolitik in Deutsch-Südwest-Afrika, indem man versuchte, ehemalige Schutztruppler im Lande anzusetzen. Alle andere überseeische Betätigung erfolgte ausschließlich aus dem Gewinnstreben des Liberalismus heraus. Zwar umbränten die Engländer ihre Kolonialpolitik mit dem scheinheiligen Mantel der christlichen Nächstenliebe, aber die Eingeborenen hatten sie bald durchschaut; von ihnen stammt der bekannte Ausspruch: „They say God and mean cotton“ („Sie sagen Gott und meinen Kattun“).

Erst spät trat Deutschland in die Ueberseepolitik, den Wettbewerb um die noch unverteilteten Länder der Erde ein. Die deutschen Schutzgebiete lagen alle in den Tropen und Subtropen und eigneten sich nicht zur Aufnahme eines wesentlichen Teiles des deutschen Volksüberschusses. Man hatte zwar einige gesunde Hochländer, wie die von Kamerun, Deutsch-Ostafrika und das an sich besiedlungsfähige Gebiet von Deutsch-Südwestafrika. Doch heute wissen wir, daß die Möglichkeiten einer Besiedlung dieser Gebiete zahlenmäßig beschränkt sind und früher in ihrer Bedeutung wesentlich überschätzt wurden. Die häufig von den nur kolonialen Fachleuten aus dem einseitigen Gesichtspunkt der Zukunftsperspektive propagierte Forderung nach Massensiedlungsgebieten in Uebersee als Ventil und Ausgleich deutscher Raumnot in Europa ist eine den völkischen Grundsätzen unseres heutigen Staates widersprechende Utopie. Diese wurde noch genährt durch das damalige Erscheinen des literarisch zwar sehr wertvollen, in der politischen Tendenz aber abzulehnenden kolonialen Romans von Hans Grimm „Volk ohne Raum“.

Wohl gab auch die Enge des deutschen Lebensraumes mittelbar den Antrieb zur verspäteten überseeischen Kolonialpolitik. Die Massen, denen eine einseitige Industrialisierungspolitik der liberalistischen Wirtschafts- und Staatskunst den Weg zum deutschen Osten versperrt und verleidet hatte, mußten nach fremden Kolonialländern auswandern oder Arbeit und Brot in

einer zur höchsten Intensität gesteigerten Industrie suchen. Die größere Verdienstmöglichkeit in den Fabriken und Großstädten zog immer wachsende Massen vom Lande ab und Tausende von fremdvölkischen Zuwanderern rückten an ihre verlassenen Stellen in der Landwirtschaft. Die Völkerwanderungszeit, die Zeit der Entdeutschung des deutschen Ostens begann sich zu wiederholen. Diese Abwanderungsverluste, die fremden Völkern zugute kamen, rächten sich und trugen ihre Früchte im Weltkriege.

In den Fabriken der aufgeblähten Großindustrie aber sowie der naturwidrigen Zusammensperrung der wachsenden Großstädte wuchs der Nährboden des völkerzerstörenden und völkerzerstörenden Marxismus. Und mit der Einbuße des natürlichen Lebens infolge der Einflüsse des Großstadtlebens und einer volksfeindlichen Propaganda sanken Sittlichkeit und Geburtenziffer. Man kann sagen, daß mittelbar durch die damaligen Höchstleistungen der Industrie deutsche Volkskraft verarbeitet und ins Ausland verhandelt wurde.

Die Richtung, besser gesagt das Wesen der verflochtenen deutschen Kolonialpolitik war schon dadurch gekennzeichnet und im liberalistisch-kapitalistischen Sinne bestimmt, daß sie fast ausschließlich von jüdischen Bankherren finanziert wurde. Es waren dies schon unter Bismarck für Südwest-Afrika die Juden: Bleichröder, Schwabach, von Oppenheim, Beit, Heimann, Sobernheim, Holländer, wozu später unter Caprivi noch Dr. Scharlach und Konsul Boffen traten, wofür letzterer die Siedlungsgesellschaft für Südwest-Afrika gründete.

Die Gründungsgeschichte von Deutsch-Südwest war sozusagen ein jüdisches „Geschäft“ (vgl. den Ausspruch Dernburgs), denn man kann nicht glauben, daß die oben genannten sieben Bankleute ihr Geld Bismarck oder einem ideellen Zweck zuliebe hingaben, die Vorteile sahen sie in den kolonialen Gründungsmöglichkeiten (die sich ihnen ja später in Dernburgs Diamantenkonzern verwirklichten), wahrscheinlich aber in der weiteren Fesselung der deutschen Politik an das internationale Judentum.

An der Finanzierung der ostafrikanischen Gründung war die Kölner jüdische Finanzgruppe unter Kommerzienrat Lucas führend

beteiligt; in der Südsee die jüdischen Gebrüder Herrnsheim.

Es wurden Großhandels-, Großpflanzungs- und Bergwerkbetriebe gegründet, die aber nicht etwa — wie dies zweifellos bei einer künftigen deutschen nationalsozialistischen Kolonialpolitik der Fall sein würde — in einer organischen Verbindung mit der deutschen Volkswirtschaft standen, derart, daß die koloniale Produktion nun mit Nachdruck darauf eingestellt worden wäre, die der deutschen Nationalwirtschaft notwendigen Rohstoffe und sonstigen Tropenprodukte zu erzeugen und sie ihr unmittelbar — unter Vermeidung des Weltmarktes — zuzuführen. Nein, dies hätte ja dem liberalistisch-kapitalistischen Vorrechte der Welthandelspolitik widersprochen, sich zwischen Erzeugung und Verbrauch zu schieben und ihren Tribut zu erheben. Indessen waren unsere damaligen deutschen Schutzgebiete zollpolitisch Ausland. Ja, in einigen Fällen, wie Deutsch-Ostafrika, Kiautschou, bis 1899 auch Neu-Guinea, mit eigener Landeswährung. Das Reich besaß also nicht einmal die Vorteile der gleichen Währung sowie der vollen Währungs- und Münzhoheit.

Alle Schutzgebiete, mit Ausnahme von Togo, erhielten Reichszuschüsse; subventionierte Reichspostdampferlinien vermittelten den regelmäßigen Verkehr. Die im Auslande stationierte Reichsmarine diente wesentlich dem Schutze der überseeischen Erwerbungen. Der Wirtschaftszweigen der Kolonien für das Reich bestand mittelbar in den Ertragsüberschüssen deutscher Handels-, Verkehrs-, Pflanzungs- und Bergbauunternehmungen, welche gegenüber Fremden eine natürliche Bevorzugung genossen.

Eine solche Kolonialpolitik wie früher würde selbstredend den Anforderungen nicht entsprechen, die der Nationalsozialismus an eine künftige überseeische Betätigung stellen muß. Die künftige deutsche Kolonialpolitik ist wesentlich eine Wirtschafts- und Rohstoffpolitik. Eigener Kolonialraum ist ein die heimische Volkswirtschaft ergänzender kolonialer Erwerbssraum. Wir Nationalsozialisten wollen nicht, daß deshalb die Hakenkreuzflagge über einem afrikanischen Kolonialgebiet weht, um einige großkapitalistische Handels- und Pflanzungsunternehmen zu fördern und den Welthandel auf unsere Kosten in Fluß zu bringen. Nein! Die

künftige Wirtschaft der deutschen Schutzgebiete muß als ergänzender Bestandteil der deutschen Volkswirtschaft in bezug auf Art und Menge der Erzeugnisse und ihren Absatz auf dem deutschen Markt der Anweisung und Aufsicht des Reiches unterstellt sein. Die künftige deutsche Kolonialwirtschaft darf nicht den Spekulationen des Welthandels zugänglich sein; sie muß ihrem Zweck entsprechend von den Bedürfnissen der deutschen Nationalwirtschaft bestimmt und an sie gebunden sein.

Dies schließt nicht aus, daß Deutschland im Rahmen des Welthandels weiter wie bisher seinen Beitrag zur Wiederbelebung des Weltmarktes leistet. Nur mit dem Unterschiede gegenüber früher, daß die Belange der gesamten deutschen Volkswirtschaft, vor allem aber die des Bauerntums, dabei gewahrt werden. Schließlich und endlich geht es ja auch nicht um Welthandel, Weltwirtschaft und einzelne Zweige der deutschen Volkswirtschaft, sondern um die Wohlfahrt des gesamten deutschen Volkes, das heute Ausgangspunkt aller politischen Maßnahmen der nationalsozialistischen Staatsführung ist.

Aus wirtschaftlichen Gründen fordern wir jedoch die bedingungslose Herausgabe der uns widerrechtlich geraubten Schutzgebiete oder einen entsprechenden Ersatz. Wir benötigen diese Gebiete, weil in ihnen tropische Nahrungs- und Genußmittel, vor allem Rohstoffe erzeugt werden können, die der heimische Boden überhaupt nicht oder aber nur in sehr geringem Umfange erzeugen kann.

Die im deutschen und künftigen kolonialwirtschaftlichen Interesse liegende nationalsozialistische Eingeborenenpolitik wird aus ihrem völkischen Gesichtspunkte in den Eingeborenen Menschen sehen, für deren Wohl sie sich verantwortlich weiß und dem deutschen Herrschaftsverhältnis — statt des imperialistischen Makels anderer liberalistisch-demokratischer Länder — den Charakter einer gerechten Vormundschaft geben.

Diese soziale Fürsorge der Eingeborenen wird sich lohnen durch Zuwanderung aus anderen Gebieten und Vermehrung der eingeborenen Bevölkerung.

Dagegen lehnen wir bei der künftigen Eingeborenenpolitik den Begriff der „Kulturmission“ in dem Sinne ab, daß es eine Aufgabe sei, die Eingeborenen auf das Niveau europäisch-christlicher Staatsbürgerschaft emporzuziehen. Denn Kultur- und Religionsauffassungen sind Funktionen der Rasse.

Dem Vorkriegsdeutschland war es gänzlich gleichgültig, welcher Art seine Reichsangehörigen, seine Rechts- und Wirtschaftssubjekte waren und wo in der weiten Welt sie ihre Kontore und Kaufläden aufmachten. Der Liberalismus bewertete sie ausschließlich nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und nach dem geschäftlichen Erfolg: Denn die Summe ihrer Wirtschaftskräfte ergab die deutsche handelspolitische Bedeutung in der Weltwirtschaft. Und schließlich galt in der Weltwirtschaft, im Weltbereich mit liberalistisch-kapitalistischen, allein auf händlerische Ausbeutung gerichteten Geschäftsunternehmen das liberalistische „Grundgesetz des freien Spiels der Kräfte“, also

das Recht des Stärkeren. Dies zwang wiederum zu einer entsprechenden Flottenpolitik. Der schließlich erfolgte Ausbruch des Weltkrieges beweist die Folgerichtigkeit des Goethewortes:

„Krieg, Handel und Piraterie —
Dreieinig sind sie, nicht zu trennen.“

Welthandelspolitik, uferlose Politik der großen Weite, mit ihren weltwirtschaftlichen Illusionen, einseitige Exportpolitik auf Kosten der Landwirtschaft, Flottenpolitik im Wettbewerb mit England, schwankende, schwächliche Politik im Osten, Aufgabe des russischen Bündnisses, Bündnispolitik einem Habsburg zuliebe, der seine deutsche Aufgabe nicht mehr erfüllen wollte, das waren die Irrwege einer Politik, die das Zweite Reich zum Abgrund führten.

Die künftige Zielsetzung und Richtung nationalsozialistischer Außenpolitik und damit auch der Kolonialpolitik als Bestandteil vornehmlich der deutschen Wirtschaftspolitik ergibt sich aus den politischen Erfahrungen der Vergangenheit sowie aus den Grundsätzen der nationalsozialistischen Weltanschauung, der staatsgestaltenden Idee von Blut und Boden.

Hundert Jahre Voortrek

Lothar Sittig

„Wir verlassen dieses Land mit der unumstößlichen Versicherung, daß die englische Regierung nichts mehr von uns zu verlangen hat; daß sie uns erlaubt, eigene Regierungen zu formen und sich von zukünftiger Einmischung fernhält. Wir scheiden mit der festen Zuversicht auf eine alles sehende, gerechte und gnädige Macht, die wir fürchten und der wir gehorchen werden.“ — — —

Mit dieser stolzen Erklärung verließen 1836 die Burenzüge das Kapland in der Richtung nach Norden. Wegloses Land, feindselige Eingeborene, wasserarme, wüstenartige Gebiete wurden überwunden. Aus Blut und Niederlagen entwickelte sich ein hartes Geschlecht, das mit Gewehr und Bibel in der Hand und einem unbändigen Freiheitsdrang im Herzen das Land bezwang, die Vorherrschaft der weißen Rasse begründete und die Grundlagen des heutigen Südafrikas schuf.

Selten aber ist ein politisches Versprechen so oft und struppellos gebrochen worden wie die englische Versicherung der Nichteinmischung. Die Jahrhundertwende fand zwar die Provinzen Transvaal und Oranjerestaat für weiße Zivilisation erschlossen, die Pioniere aber, die dieses Werk vollbracht und mit ihrem Blut besiegelt hatten, waren politisch ausgelöscht. Das Burenvolk als solches schien endgültig aufgehört zu haben.

Vielleicht nirgendwo hat das völkische Prinzip sich klarer demonstriert als in der nun einsetzenden Entwicklung. Nur acht Jahre nach dem Friedensschluß von Vereeniging am 31. Mai 1902 stand Louis Botha — ebenfalls an einem 31. Mai — als Prime-Minister des ersten Parlaments vor der eben gegründeten Union von Südafrika. Aus diesem Kabinett ging General